

(Nie) wieder Krieg? Fragen an die Politische Bildung

Nie wieder Krieg – mit diesem Titel (und durchgekruztem „Nie“) veröffentlichte die der Politischen Bildung nahestehende Zeitschrift POLITIKUM im vergangenen Jahr ein Sonderheft zum russischen Angriffskrieg auf die Ukraine. Der Titel brachte das Verstörende, das dieser Krieg für die Öffentlichkeit in den (west-)europäischen Gesellschaften hat, treffend zum Ausdruck. „Für meine Generation ist Krieg in Europa undenkbar geworden“¹, sagte der deutsche Bundeskanzler Olaf Scholz noch am 15. Februar 2022 in Moskau nach seinem Gespräch mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin, neun Tage vor Beginn des russischen Angriffs.

Trotz der Jugoslawienkriege in den 1990er Jahren – die vielfach und vielleicht zu vorschnell als Relikt anachronistischer Konflikte gesehen wurden, die durch die Integration der Nachfolgestaaten Jugoslawiens in die Europäische Union letztlich ihr Ende finden würden – bestand ein breiter Konsens über die Ächtung des Krieges als Mittel der Politik. Jedenfalls galt dies für „klassische“ Kriege zwischen Staaten; dass sich aber nach dem Ende des Ost-West-Konflikts ab 1989 neue Formen militärischer Gewaltanwendung entwickelt hatten, deren politischer, rechtlicher und moralischer Status nicht immer sofort

Kriege
in neuer
Gestalt

klar ist, war schon vor 2022 nicht zu übersehen. Hierzu gehören die „neuen Kriege“², die oft innerstaatlich und von nicht-staatlichen Akteuren geführt werden, aber auch die Terrorangriffe koordinierter islamistischer Gruppen und der „Krieg gegen den Terror“ nach den Anschlägen vom 11. September 2001, der zu zwei Jahrzehnten kriegerischer Konflikte in Afghanistan führte. Hierzu gehört ferner die unter dem Stichwort „responsibility to protect“ (siehe Kasten) geführte Diskussion über Legitimität und Notwendigkeit militärischer Interventionen in anderen Staaten zum Schutz der Bevölkerung.³

RESPONSIBILITY TO PROTECT

Responsibility to protect meint die Verantwortung der internationalen Gemeinschaft, Menschen vor Völkermord, Kriegsverbrechen, ethnischer Säuberung und Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu schützen. Sie wurde auf dem Weltgipfel der Vereinten Nationen (UNO) 2005 beschlossen. Neu an diesem Konzept ist, dass dieser Schutz nicht nur durch Staaten gegenüber ihren eigenen Bürgern und Bürgerinnen gewährleistet werden muss, sondern dass der UN-Sicherheitsrat auf dieser Grundlage neben friedlichen Mitteln zur Konfliktbeilegung auch militärische Interventionen in Staaten beschließen beziehungsweise anderen Staaten dazu das Mandat geben kann. Dies war beim Einsatz der NATO in Libyen 2011 der Fall.

Von der Friedenserziehung zur friedenspolitischen Bildung

Schon länger müssen deshalb ältere pädagogische Konzepte, die die Stiftung und Sicherung

von Frieden in der Welt in erster Linie von unterschiedlichen Ansätzen der **Friedenserziehung**

erhofften, als überholt betrachtet werden. So verständlich die Bestrebungen sind, nach den Erfahrungen der verheerenden Weltkriege im 20. Jahrhundert nunmehr Wiederholungen solcher Kriege durch präventive Erziehung zum Frieden verhindern zu wollen, so illusionär bleiben sie aus mehreren Gründen:

- weil sie den Stellenwert der Aggressions- und Gewaltbereitschaft Einzelner für kriegerisches Handeln von Kollektiven und Staaten überschätzen
- weil sie eine problematische Parallelität zwischen (durch Erziehung beeinflussbarem) friedlichem Verhalten im sozialen Nahraum und dem Verhalten von großen Gruppen und Verbänden unterstellen
- weil sie den Stellenwert von politischen Interessen (unter Einschluss von ökonomischen Interessen und geopolitischen Bedingungen) auf die Entstehung von Kriegen unterschätzen.⁴

Denn, so Hartmut von Hentig schon 1967: „Wir sollten von der pädagogischen ‚Pflege‘ von Einstellungen nicht zu viel erwarten [...] und statt dessen lieber lehren, wie man Tatbestände beurteilt und verändert. [...] Die bloß Friedliebenden haben noch keinen Krieg verhindert. Das Friedensschließen ist eine Technik, keine Gesinnung“⁵ – eine Technik im Sinne reflektierten Urteilens und Handelns im Bereich der Politik. Mit anderen Worten, wenn es pädagogischen Institutionen, allen voran der Schule, um einen Beitrag zur Förderung des Friedens im poli-

Frieden
schließen
als erlernbare
Technik

tischen Sinne geht, dann müssen sie friedenspolitische Bildung fördern.

In einer ergebnisoffenen Lage wie der des laufenden Ukrainekrieges hat die Politische Bildung vor allem die Aufgabe, reflektierte Orientierung und Möglichkeiten des offenen Gesprächs zu bieten, in der Schule ebenso wie in den Angeboten außerschulischer Bildung. Diese Aufgabe ist äußerst anspruchsvoll. Es mangelt ja nicht an aktuellen Informationsangeboten in den Medien, wohl aber an Analysen aus zeitlicher Distanz, hinreichend abgesicherten Prognosen und übertragbaren Erfahrungen mit vergleichbaren Konflikten.

AUFGABEN DER POLITISCHEN BILDUNG

- reflektierte Orientierung bieten
- offenes Gespräch ermöglichen
- fundierte Analysen vermitteln

Es dürfte auch in den meisten Fällen nicht an Interesse und „Betroffenheit“ fehlen, sondern eher muss auch in Schulklassen bereits mit starken Meinungen, Ängsten und Sorgen, unter Umständen sogar mit potenziellen Konflikten zwischen russlandstämmigen Einwandererkindern und ukrainischen Flüchtlingskindern gerechnet werden. Dem Thema deshalb auszuweichen, ist freilich keine Option, denn wann soll Politische Bildung ihren Sinn für die Förderung von Weltverstehen unter Beweis stellen, wenn nicht in Situationen, in denen dies besonders dringlich gefordert ist?

Der Angriffskrieg auf die Ukraine als Gegenstand Politischer Bildung

Gewiss ist die Basis für einen solchen Unterricht, dass Lehrerinnen und Lehrer sich selbst in fachlich-inhaltlicher Hinsicht kontinuierlich auf dem Laufenden halten (siehe Webtipp). Sodann aber steht das allgemeine fachdidaktische und methodische Instrumentarium Politischer Bildung auch bei diesem Gegenstand zur Verfügung (siehe

Aktuelle
Information –
fachdidaktische
Neuorientierung

Kasten „Instrumentarium der Politischen Bildung“).

Bei genauerem Hinsehen zeigen sich jedoch auch Probleme in der Fachkultur der Politischen Bildung selbst, die die sachlich angemessene Auseinandersetzung mit diesem Themenfeld erschweren.⁶ Zum großen Teil spiegeln sie Probleme und Schwächen der

INSTRUMENTARIUM DER POLITISCHEN BILDUNG

- Das Ausgehen von den Fragen, Meinungen und Voreinstellungen der Schülerinnen und Schüler zum Ukrainekrieg, was möglich ist mittels Methoden wie Brainstorming, der Sammlung von Fragen sowie der Bildung von Hypothesen, die im weiteren Verlauf des Unterrichts beantwortet bzw. überprüft werden
- Die Auswahl von Lernmaterialien nach dem Prinzip der Kontroversität und Mehrperspektivität
- Die Herausarbeitung von Problemstellungen, die über das aktuelle Geschehen hinaus von mittel- und längerfristiger politischer Relevanz sind, in diesem Fall etwa die Fragen nach der künftigen politischen Ordnung Europas und den Möglichkeiten der künftigen Vermeidung von Kriegen in Europa
- Die Förderung von politischer Urteilsfähigkeit und die dafür notwendige Vermittlung von Wissen und Verstehen zu diesen Themenaspekten

politischen Öffentlichkeit und auch der wissenschaftlichen Diskussion. Ohne sie ist die massive Irritation, das Verstört-sein, das der russische Angriffskrieg im westlichen Europa ausgelöst hat, kaum zu verstehen.

Der Politikwissenschaftler Roland Czada hat in diesem Zusammenhang auf die starke Dominanz einer bestimmten politiktheoretischen Denkrichtung im deutschsprachigen Raum hingewiesen, der des **normativen Institutionalismus**.⁷ Diese Denkrichtung versteht internationale Beziehungen unter dem Aspekt einer argumentativ oder mittels *soft power* zu verwirklichenden internationalen Ordnung. Ihr geht es um die Überzeugungskraft von Ideen, um Werte, Menschenrechte, internationales Recht und die Schaffung entsprechender Institutionen und Regimes. Vieles spricht dafür, dass diese Sichtweise auch in der Fachkultur der Politischen Bildung prägend ist, so beispielsweise der geringe Stellenwert sicherheits-, verteidigungs- und geopolitischen Denkens im Fachdiskurs der letzten Jahrzehnte. Die Perspektive, die Egon Bahr, Sozialdemokrat und Architekt der westdeutschen Ostpolitik der 1970er Jahre, 2013 im hohen Alter in einem Vortrag vor Schülern und Schülerinnen zum Ausdruck brachte, dürften nicht allzu viele junge Menschen damals in der Schule gehört haben: „In der internationalen Politik geht es nie um Demokratie oder Menschenrechte. Es geht um die Interessen von Staaten. Merken Sie sich

Aufwertung
sicherheits-
politischer
Fragen

das, egal, was man Ihnen im Geschichtsunterricht erzählt.“⁸

Czada bemerkt nun zu Recht: „Die Ideale des normativen Institutionalismus wurden durch den Ukraine-Krieg erschüttert. Sie mussten einer Machtordnung weichen, die militärische, ökonomische, technologische und propagandistische anstelle normativer und argumentativer Mittel einsetzt.“⁹ Er plädiert für eine Neubesinnung auf die Schule des **außenpolitischen Realismus**. Realismus ist hier nicht in einem erkenntnistheoretischen Sinn gemeint, sondern als Unterschied zu Idealismus, man könnte auch sagen: zu Wunschdenken in den internationalen Beziehungen. Der außenpolitische Realismus ist moralisch indifferent, mit Ausnahme des Ziels der Friedenssicherung.

Es geht ihm nicht um eine moralische Bewertung von Akteuren, sondern um die Frage nach Machtinteressen von Staaten und Machtverhältnissen zwischen ihnen.

Frieden verspricht er sich von einem stabilen Machtgleichgewicht zwischen Staaten und Staatengruppen oder Militärbündnissen. Sein vielleicht stärkstes Argument angesichts des Kriegs in der Ukraine ist, dass seit den 1990er Jahren immer wieder Vertreter und Vertreterinnen dieser zur Minderheit gewordenen Denkrichtung vor der Gefahr eines solchen Krieges gewarnt hatten, wie zum Beispiel der oben zitierte Egon Bahr oder die US-amerikanischen Politiker Henry Kissinger und

George Kennan. Der auf Werte und moralische Argumentation fixierte Diskurs im Westen hat zweifellos dazu beigetragen, dass solche Warnungen überhört und Risiken mit Blick auf Russland und die Ukraine unterschätzt wurden.

Nun kann es nicht darum gehen, in der Politischen Bildung eine Sichtweise auf internationale Politik umstandslos durch eine andere zu ersetzen. Aber es geht um Öffnung des Blicks und Erweiterung der Perspektiven bei der Auseinandersetzung mit internationaler Politik und friedenspolitischen Fra-

Multiperspektivität
der friedens-
politischen
Bildung

gen. Politische Bildung muss hierbei unterschiedliche Denkansätze aus der Wissenschaft vorstellen und den Umgang mit ihnen üben. Dies ist zugleich die Voraussetzung für eine komplexe, vielfältige

Perspektiven bedenkende Urteilsbildung zu friedenspolitischen Fragen. So sollte beispielsweise im Unterricht nicht nur gefragt werden, wie sich der Ukraine-Krieg aus der Perspektive des Völkerrechts darstellt, sondern auch, welche Machtinteressen bei seiner Entstehung wichtig waren und für eine Friedensregelung nach diesem Krieg zu bedenken sind.

Ausblick: Die Frage nach der europäischen Identität und die Politische Bildung

Der Krieg in der Ukraine hat erneut und in bislang nicht gekannter Dringlichkeit auch die Frage nach der Zukunft der europäischen Integrationspolitik (der zunehmenden politischen und wirtschaftlichen Verflechtung der europäischen Staaten) aufgeworfen. Er wird die EU aller Voraussicht nach zwingen, sich endlich Klarheit darüber zu verschaffen, wie sie sich selbst versteht und welche Staaten ihr künftig angehören sollen. Es sind Fragen, die allzu lange verdrängt oder auf die lange Bank geschoben wurden, denkt man beispielsweise an die seit Jahrzehnten im Raum stehende Frage nach einem möglichen EU-Betritt der Türkei. Die derzeitige russische Politik stützt sich auf das Konzept der *Russkij Mir*, der russischen Welt als eigenständigem Kulturraum, das weit über den Präsidenten Wladimir Putin hinaus in den russischen Eliten Akzeptanz findet.¹⁰ Mit diesem Konzept verbindet sich auch die Vorstellung, die russische Welt sei die wahre Hüterin der christlich-europäischen Kultur, während der Westen Europas von Verfallserscheinungen geprägt sei. Die historische Begründung dieses Konzepts geht bis ins 16. Jahrhundert zurück, als nach der islamischen Eroberung und Zerschlagung des christlichen byzantinischen Reiches Moskau in der Orthodoxie als das „dritte Rom“ – nach Rom selbst und nach Konstantinopel, dem heutigen Istanbul – betrachtet wurde.

Krieg
an der
europäischen
Grenze

Die Europäische Union hat, im Verbund mit der NATO, zwar zu einer schnellen, für Putin wahrscheinlich überraschend geschlossenen militärisch-politischen Antwort auf den russischen Angriffskrieg gefunden. Aber eine überzeugende, historisch tiefer als nur in die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts reichende Vorstellung davon, was die europäische Kultur ausmacht, was also die Menschen in Europa miteinander verbindet und in welcher Weise dies für die europäische Integrationspolitik bedeutsam ist, hat sie nicht. Formelhafte Beschwörungen von „Vielfalt“ und „europäischen Werten“ können über diesen Mangel nicht hinwegtäuschen.¹¹

Die mit dem Ukrainekrieg verbundene, aber auch über ihn hinausweisende Frage nach der **europäischen Identität**, in welcher Weise diese der künftigen Integrationspolitik in der EU zugrunde liegen soll und wie sich vor diesem Hintergrund das Verhältnis zu Russland entwickeln kann, diese Frage dürfte von zentraler Bedeutung für die Zukunft europäischer Politik sein. Die europäische Integrationspolitik hat diese Frage nach der europäischen Identität lange vernachlässigt, wohl auch deshalb, weil sie sich während der Ost-West-Teilung Europas für die EU durch den Gegensatz von kommunistischen Diktaturen im Osten zu demokratischen Rechtsstaaten im Westen fast von selbst zu

beantworten schien. Nunmehr aber kann sie allein schon deshalb nicht mehr vertagt werden, weil die Ideologie der Russkij Mir nicht nur eine verteidigungspolitische, sondern auch und auf längere Sicht gesehen sogar vorrangig eine kulturelle Antwort erfordert.

Hierfür bedarf es einer Neubesinnung auf die langen Linien, die trotz ihrer vielen Windungen und Spannungen in der Geistesgeschichte die europäische Kultur hervorgebracht haben und auf die fundamentale Selbstverständlichkeiten unseres heutigen Denkens zurückzuführen sind: die auf die griechische Antike zurückreichende Orientierung an Vernunft und Wissenschaft, das römische Verständnis der Republik und des rechtlichen Denkens sowie die christlichen Ideen der Gleichwertigkeit aller Menschen und der sich aus ihrer Gottes-

Weiter-
entwicklung der
europäischen
Integration

ebenbildlichkeit begründenden Menschenwürde, der Gewissensfreiheit, der Verbindung von Freiheit und Nächstenliebe sowie der Trennung von weltlicher Macht und geistlichem Heil.¹² Ohne Verankerung in diesen Traditionslinien wird sich eine überzeugende Antwort auf die Frage nach der europäischen Identität nicht finden lassen.¹³

Nun wird niemand von der Politischen Bildung verlangen können, eine solche Antwort gewissermaßen liefern zu können. Aber ihre Aufgabe kann und sollte es sein, diese Frage als hoch relevantes Problem unserer Zeit und der nahen Zukunft zum Thema zu machen und, in enger Kooperation mit dem Geschichtsunterricht, jungen Menschen Gelegenheiten anzubieten, sich mit ihr auf angemessenem Niveau auseinanderzusetzen.

- 1 Pressekonferenz von Kanzler Scholz und Russlands Präsident Putin. Online unter www.bundesregierung.de/breg-de/mediathek/pressekonferenz-von-kanzler-scholz-und-russlands-praesident-putin-2005954 (01.02.2023).
- 2 Vgl. Münkler, Herfried: Die neuen Kriege. Reinbek 2002.
- 3 Vgl. Schaller, Christian: Gibt es eine „Responsibility to Protect“?, in: Aus Politik und Zeitgeschichte 46/2008, S. 9–14.
- 4 Vgl. ausführlicher Sander, Wolfgang: Friedenspolitische Bildung, in: ders./Pohl, Kerstin (Hrsg.): Handbuch politische Bildung. 5. Auflage. Frankfurt a. M. 2022, S. 391–399.
- 5 Hentig, Hartmut von: Erziehung zum Frieden [1967]. Hier zit. nach Heck, Gerhard/Schurig, Manfred (Hrsg.): Friedenspädagogik. Theorien, Ansätze und bildungspolitische Vorgaben einer Erziehung zum Frieden. Darmstadt 1991, S. 112 ff.

- 6 Vgl. ausführlicher Sander, Wolfgang: Eine „Zeitenwende“ auch im Unterricht? Der Ukrainekrieg und die gesellschaftswissenschaftlichen Fächer, in: Zeitschrift für Didaktik der Gesellschaftswissenschaften (zdg) 2/2022, S. 129–142.
- 7 Vgl. Czada, Roland: Realismus im Aufwind? Außen- und Sicherheitspolitik in der „Zeitenwende“, in: Leviathan 2/2022, S. 216–238.
- 8 Zit. nach ebd., S. 226
- 9 Ebd., S. 218
- 10 Vgl. u.a. Meister, Stefan: Russische Geopolitik in einer polyzentrischen Welt, in: POLITIKUM 2/2019, S. 30–36.
- 11 Vgl. Sander, Wolfgang: Europäische Identität. Die Erneuerung Europas aus dem Geist des Christentums. Leipzig 2022.
- 12 Vgl. ebd., S. 9ff. und S. 49ff.
- 13 Vgl. ebd., S. 97ff.

WEBTIPP

→ www.politik-lernen.at/ukraine

Das Zentrum polis sammelt auf dieser Seite Informationen über den Krieg, geordnet nach Kategorien wie „Direkt für den Unterricht“, „Medien und Presseschauen“ oder „Flucht und Asyl“.

→ www.bpb.de/themen/europa/krieg-in-der-ukraine

Die Themenseite der Bundeszentrale für politische Bildung wird laufend ergänzt und bietet Hintergrundinformation zum Angriffskrieg auf die Ukraine.

